

Offenburger Tageblatt

Nummer 145 • 117. Jahrgang • E 5464

Mittwoch, 27. Juni 2018

1,90 EUR

Guten Morgen!

Waren früher tatsächlich die guten alten Zeiten? Deutet wirklich alles darauf hin, dass der Untergang des Abendlandes kurz bevorsteht? Wer den sozialen Medien und den Populisten traut, macht natürlich sein Testament. Wer jedoch nachdenkt, cool und gelassen bleibt, hat mehr vom Leben. Schauen wir mal auf die 80er-Jahre. Da war nicht nur der Fall der Mauer. Zu Beginn des Jahrzehnts war klar, dass ein Atomkrieg und das Ende der Welt unausweichlich waren. Wie die Stimmung in den letzten Kriegstagen 1945 war, kann man sich lebhaft vorstellen. Zum Glück gab es da kein Facebook. Der Wiederaufbau wäre kaputtgepostet worden. Was lernen wir aus dieser Betrachtung? Jetzt sind die guten alten Zeiten, nach denen wir uns in zehn Jahren zurücksehnen. **rig**

Kinzigtal heute

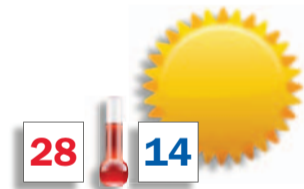
Mittleres Kinzigtal: Neutrale Beratung rings ums die Pflege – dafür steht die Kinzigtälere Außenstelle des Pflegestützpunkts Ortenaukreis seit 23 Jahren. Das breit aufgestellte Konstrukt ist in dieser Form einzigartig in ganz Baden-Württemberg.

Haslach: »Hallo Welt, wir sind da und wir haben Freude am Leben«: Diese Botschaft liegt nach wenigen Drehtagen für einen Dokumentarfilm nahe, der einen Einblick in den Alltag von drei Schülern der Carl-Sandhaas-Schule bieten soll.

Mittleres Kinzigtal: Wie immer am letzten Mittwoch des Monats steht das Thema »Heimat« im Mittelpunkt. Das Interview mit einem Naturparkwirt und Berichte über bäuerliche Erzeugnisse lassen den Schluss zu: »Heimat schmeckt«.

Ortenau-Wetter

REGION



Weggesperrt: Es war eine Tat, die die Region um Villingendorf in Atem hielt. Ein Mann hatte drei Menschen erschossen, darunter seinen eigenen Sohn. Nun ist der 41-Jährige zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

WIRTSCHAFT

Wechsel bei Hansgrohe: Der Brausen- und Armaturenhersteller Hansgrohe bekommt einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Thorsten Klapproth verlässt den Badausrüster. Sein Nachfolger wird Hans Jürgen Kalmbach (43), der den Posten zum 1. August übernimmt. Zu den genauen Gründen des Chefwechsels machte Hansgrohe keine Angaben. Kalmbach begann seine Karriere 1998 in der Hansgrohe Group.

WM MAGAZIN



Im Viertelfinale: Vier weitere Mannschaften haben es gestern ins Viertelfinale der Fußball-WM in Russland geschafft. Frankreich spielte in Gruppe C gegen Dänemark 0:0, wodurch beide Mannschaften in die nächste Runde einzogen. In Gruppe D gewannen Lionel Messi (Foto) und seine argentinischen Mannschaftskollegen 2:1 gegen Nigeria, wodurch sie neben Kroatien ebenfalls im Viertelfinale stehen. Für die deutsche Mannschaft geht es heute ab 16 Uhr gegen Südkorea darum, die nächste Runde zu erreichen. Foto: dpa



Wer hat den Tierarzt ermordet?

Hausach. Erschlagen mit einem Aschenbecher lag Tierarzt Wolfgang Riedele auf dem Boden seiner Praxis – Kommissarin Isabella Bahler nahm die Ermittlungen auf. Jedenfalls im Plot unseres Schwarzwaldkrimis, den unsere Leser nun über fünf Folgen hinweg fortgesetzt haben. Heute Abend wird in der launigen Veranstaltung – der inoffiziellen Eröffnung des Literaturfestivals Hausacher Leselenz – der Mörder überführt. Die Gäste des Abends wählen nämlich aus den eingereichten Krimifinals das originellste aus. Literarische Gäste des Abends sind außerdem Katharina J. Ferner und der Liedermacher Chili Tomasson aus Wien. Beginn ist um 19.30 Uhr in der Kulturgarage in der Netterstraße in Hausach. Der Eintritt ist frei. Zeichnung: Stefan Dinter

EU-Prüfer kritisieren deutschen ICE-Ausbau

Rechnungshof kritisiert fehlende Koordination und Nationalisierung

Die EU verfehlt ihr Ziel, bis 2030 mindestens 30 000 Kilometer Hochgeschwindigkeitsnetze aufzubauen. Auch die Kosten steigen: Zwischen Stuttgart und München kostet beispielsweise eine eingesparte Reiseminute 369 Millionen Euro.

Luxemburg (dpa). Der europäische Rechnungshof übt scharfe Kritik am teuren, langsamen und unkoordinierten Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Netzes in Europa. Mit EU-Hilfen von 23,7 Milliarden Euro seit dem Jahr 2000 sei ein »ineffizienter Flickenteppich schlecht vernetzter nationaler Bahnlinien« entstanden. Das empfiehlt die Kommission aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft in einem gestern in Berlin vorgelegten Beschluss. Die Bundesregierung muss die künftige Höhe des Mindestlohns noch per Verordnung umsetzen. Die Lohnuntergrenze war 2015 eingeführt worden. Bereits 2017 war sie zum ersten Mal von 8,50 Euro auf nun 8,84 Euro angehoben worden.

Mindestlohn soll steigen

Berlin (dpa). Der Mindestlohn in Deutschland soll zum 1. Januar 2019 von derzeit 8,84 Euro auf 9,19 Euro steigen. Zum 1. Januar 2020 soll eine weitere Erhöhung auf 9,35 Euro folgen. Das empfiehlt die Kommission aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft in einem gestern in Berlin vorgelegten Beschluss. Die Bundesregierung muss die künftige Höhe des Mindestlohns noch per Verordnung umsetzen. Die Lohnuntergrenze war 2015 eingeführt worden. Bereits 2017 war sie zum ersten Mal von 8,50 Euro auf nun 8,84 Euro angehoben worden.

SEITE 2: Kommentar
WIRTSCHAFT: weiterer Bericht

meter Netz für Hochgeschwindigkeitszüge zu haben, werde nicht erreicht werden.

Die Rechnungsprüfer hatten in Deutschland und fünf weiteren Ländern zehn Strecken und vier grenzüberschreitende Verbindungen geprüft und die Ausgaben für mehr als 5000 Kilometer Streckenausbau analysiert – etwa 50 Prozent des Gesamtnetzes in der EU. Im Schnitt kostete ein Kilometer der geprüften Strecken den Angaben zufolge 25 Millionen Euro.

Auf vier der zehn Strecken verursacht eine eingesparte Minute Reisezeit mehr als 100 Millionen Euro Baukosten. Den Spitzenwert erreichte laut Rechnungshof die Strecke Stuttgart-München: Jede eingesparte Minute werde 369 Millionen Euro kosten.

Es gebe keine geeignete Koordination oder strategische

Planung für den Ausbau, bemängelt der Rechnungshof. Weil die Mitgliedstaaten jeder für sich plane und baue, seien die Verbindungen mangelhaft.

Die EU-Mittel dienen zur Kofinanzierung, das heißt, die Kosten werden mit den Mitgliedsstaaten geteilt. Die Rechnungsprüfer kommen zu dem Schluss, dass das EU-Geld nicht optimal eingesetzt ist. Die grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitsstrecken seien beim Ausbau für die EU-Staaten keine Priorität. Die EU-Kommission verfügt weder über rechtliche Instrumente noch über Befugnisse, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten bei der Schaffung des Kernnetzes rasche Fortschritte erzielen. »Das bedeutet, der Mehrwert der EU-Kofinanzierung ist gering«, meinte Herics.

CSU rüstet verbal ab

Berlin/Kiel (dpa). Im zuge-spitzten Asylstreit der Unionsparteien sind führende CSU-Politiker um Entspannung bemüht. Vor dem Treffen der Koalitionsspitzen und dem EU-Gipfel Ende der Woche machte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) deutlich, dass er vom Fortbestand der Großen Koalition ausgehe. Wenn Medien glaubten, das Bündnis fliege bald auseinander, so sei das »weltfremd«, sagte der CSU-Vorsitzende. Hintergrund des Zoffs ist der Plan Seehofers, Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU-Land registriert wurden, an der deutschen Grenze abzuweisen.

SEITE 2: weiterer Bericht

Rauchen in Parks verboten

Straßburg (dpa). Straßburg verbietet Zigaretten komplett aus Parks und Stadtwäldern. Das beschloss der Stadtrat am Montagabend einstimmig. Straßburg ist nach eigenen Angaben damit die erste große französische Stadt mit einem solchen Rauchverbot im Grünen.

Ziel sei es, die verbreitete Nikotinsucht weiter einzudämmen. Außerdem soll die Zahl der umweltschädlichen Zigarettenstummel in Parks reduziert werden. In der Natur dauere es zwölf Jahre, bis ein Stummel komplett abgebaut sei, teilte die Stadt mit. Bis dahin könne er 500 Liter Trinkwasser ungenießbar machen.

Das Verbot soll im Sommer nach und nach eingeführt werden. Schilder am Rande der Parks sollen Raucher über das Verbot informieren. Auch neue Aschenbecher sind geplant. Ab 2019 könnten bei Verstößen auch Geldstrafen fällig werden, teilte die Stadt mit. Darüber werde noch entschieden.

Neue Kommission zum Kohleausstieg gestartet

Deutschland will Klimaziele erreichen / »Nationale Frage«

Berlin (dpa). Es geht um Klimaschutz, Tausende Jobs und Strukturwandel: Die neue Kommission der Bundesregierung zum Kohleausstieg steht vor einer schwierigen Arbeit. Die Regierungschefs der Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Sachsen sprachen zum Start des Gremiums gestern von einer »nationalen Frage«. Sie warteten vor einem zu schnellen Ausstieg aus der Kohle. Dagegen wollen Umweltverbände möglichst bald schon erste klimaschädliche Kohlekraftwerke abschalten. »Es wird eine riesengroße Herausforderung«, sagte

der frühere brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck als einer der vier Vorsitzenden in Berlin. Das Gremium setzte zwei Arbeitsgruppen ein. Eine soll sich mit dem Strukturwandel in den Kohleregionen befassen, die andere damit, wie Klimaziele zu erreichen sind. Die nächste Sitzung des kompletten Gremiums ist am 13. Juli geplant. In der Kommission sitzen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft sowie von Umweltverbänden und Kommunen.

SEITE 2: weiterer Bericht